

Ab ins Pfefferland



Von Frank A. Meyer

Also sprach Eveline Widmer-Schlumpf: «Die Pauschalbesteuerung ist nicht gerecht.»

Die knappe Feststellung der Bundesrätin zur Volksinitiative «Abschaffung der Pauschalbesteuerung», vorgebracht in der TV-Sendung «Giacobbo/Müller», verärgerte CVP-Nationalrat Gerhard Pfister sehr: «Das ist ein Steilpass für die Initianten. Sie werden die Aussage der Finanzministerin im Abstimmungskampf landauf, landab verwenden.» Und sie empörte SVP-Nationalrat Jean-François Rime ausserordentlich: «Wenn wir die Abstimmung verlieren, ist Widmer-Schlumpf schuld.»

Was hätte Eveline Widmer-Schlumpf denn sagen müssen, um dem Christdemokraten und dem Rechtspopulisten zu gefallen?

Hätte sie sagen müssen: «Die Pauschalsteuer ist gerecht»? Dann hätte sie auch gleich sagen können: «Eins und eins gibt drei.»

Die Bündnerin mit dem hartnäckigen Hang zur Redlichkeit sass vor den Spassmachern – und konnte nicht anders. Doch Redlichkeit ist derzeit nicht erwünscht beim Bundesrat, bei bürgerlichen Parteien und bei den Rechtspopulisten.

Dabei ist der schlichte Satz von Eveline Widmer-Schlumpf eine Untertreibung, denn die Pauschalsteuer ist nicht nur nicht gerecht, sie ist eine Perversion: eine Umkehrung, eine Verdrehung der Steuergerechtigkeit.

Statt dass reiche und superreiche Ausländer mehr Steuern zahlen, wie es für reiche und superreiche Schweizer gilt, zahlen sie in Kantonen mit Pauschalsteuerregime kaum noch Steuern – weniger als Handwerksmeister, kleine und mittlere Unternehmer oder gut verdienende Arbeitnehmer.

Ingvar Kamprad, Herrscher über Ikea, residierte 37 Jahre lang in der waadtländischen Gemeinde Epalinges. Sein Vermögen wurde auf 42 Milliarden Franken geschätzt. Er zahlte in der Schweiz nie mehr als 200 000 Franken Steuern. Wären sein Reichtum und dessen Erträge ordentlich besteuert worden, hätte er über hundertmal mehr in die Kassen von Gemeinde, Kanton und Bund entrichten müssen.

Die Pauschalsteuer, die 1862 eingeführt wurde, um Rentner auf einfache Art zu besteuern, die ihren Lebensabend in der Schweiz verbringen wollten, ist zu einem perversen Privileg für profitgierige Potentaten geworden: beispielsweise die Oligarchen Chodorkowski, Vekselberg oder Timtschenko – Superreiche, die

sich als Pensionäre kostümieren und die Schweiz zum Standort ihrer rastlosen Geschäftstätigkeit degradieren.

Der Pauschalsteuer war in diesem Milieu rauschender Erfolg beschieden: 1994 galt sie für 2730 Personen, 2005 für 3772, heute gilt sie bereits für 5600.

Man darf die Schweiz benutzen – und nichts dafür bezahlen. Sie lädt sogar dazu ein. Sie legt sich den globalen Geldgeilen zu Füßen. Eine paradoxe Form der Prostitution.

Conciierge dieses Freudenhauses für Vermögende ist Peter Hegglin, Finanzdirektor des Reichen-Resorts Zug, zugleich Präsident der Finanzdirektorenkonferenz. Ihm ist die Schweiz als Paradies der Profiteure Passion. Und er verkündet: Mit der Reform der Pauschalsteuer «wurde dem Anliegen nach Steuergerechtigkeit Rechnung getragen».

Nach Hegglin ist die Pauschalsteuer gerecht. Und eins und eins gibt drei.

Was aber geschähe, würde die Pauschalsteuer am 30. November per Volksentscheid abgeschafft? Nähmen die Raffer Reissaus? Flüchteten sie auf die Bahamas?

Wie denn? Warum denn?

Die Schweiz ist doch das schönste Land der Welt! Ist doch das sicherste Land der Welt! Bei uns herrscht doch der stabilste soziale Frieden! Wir verfügen doch über die luxuriöseste Infrastruktur! Über die besten Schulen und Universitäten!

Wer diese Schweiz schätzt oder gar liebt, der zahlt ordentlich Steuern.

Wem aber diese Schweiz nichts wert ist, der soll bitte verschwinden!

Irgendein steuerfreies Pfefferland wartet bestimmt auf ihn.